

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 67

Ausgegeben Danzig, den 25. September

1936

Tag	Inhalt	Seite
23. 9. 1936	Verordnung zur Förderung der Tierzucht	363

158

Verordnung

zur Förderung der Tierzucht.

Vom 23. September 1936.

Auf Grund des § 1 Ziff. 68, 89 und § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesetzeskraft verkündet:

§ 1

Zur Förderung und Sicherung einer bodenständigen Tierzucht wird bestimmt, daß nur angeführte Vatertiere zum Decken verwendet werden dürfen, und daß nur Tiere bestimmter Rassen zur Zucht benutzt werden dürfen.

§ 2

Vatertiere im Sinne dieser Verordnung sind Hengste, Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböcke.

§ 3

Vatertiere (Hengste, Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböcke) dürfen erst dann zum Decken verwendet werden, wenn sie angeführt sind. Werden Vatertiere abgeführt, so dürfen sie nicht mehr zum Decken verwendet werden.

Röramt

§ 4

(1) Bei der Danziger Bauernkammer ist ein Röramt mit fünf Abteilungen zu bilden, und zwar

- a) für Hengste,
- b) für Bullen,
- c) für Eber,
- d) für Schafböcke,
- e) für Ziegenböcke.

(2) Leiter des Röramts ist der Landesbauernführer. Er bestimmt seinen Stellvertreter.

(3) Als Mitglieder sollen den einzelnen Abteilungen des Röramtes angehören

- a) für jede Tierart der bei der Danziger Bauernkammer eingefegte zuständige Fachberater;
- b) für jede anerkannte Tierzuchtichtung der betreffenden Tierart ein Züchter, für jeden Züchter ist ein Stellvertreter zu bestellen;
- c) die Tierzuchtbeamten bzw. Geschäftsführer der anerkannten Züchtervereinigungen für die betreffende Tierart.

Der Leiter des Röramts bestellt die Mitglieder und Stellvertreter auf drei Jahre; er kann sie jederzeit abberufen. Er bestimmt aus ihrer Mitte die Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen und ihre Stellvertreter.

(4) Der Abteilung a) gehört außerdem der Leiter des Landstallamts an.

(5) Jedes Mitglied kann mehreren Abteilungen des Röramts angehören.

(6) Der Senat, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, ist zu den Veranstaltungen und Sitzungen des Röramts einzuladen.

Rörstellen

(1) Dem Röramt unterstehen die Rörstellen. Für jeden Rörbezirk ist eine Rörstelle zu bilden. Rörbezirk ist in der Regel der Bezirk eines Landkreises. Mit Zustimmung des Senats, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, kann das Röramt mehrere Bezirke oder Teile davon zu einem Rörbezirk vereinigen.

(2) Die Rörstelle gliedert sich ebenso wie das Röramt in fünf Abteilungen.

(3) Als Mitglieder sollen jeder Abteilung der Rörstelle in der Regel angehören zwei Züchter und der zuständige Tierzuchtbeamte (Angestellte) der Danziger Bauernkammer. Mindestens einer der Züchter muß Mitglied einer anerkannten Züchtervereinigung für die betreffende Tierart sein; an seine Stelle kann der Geschäftsführer der betreffenden Züchtervereinigung treten. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen; der des Tierzuchtbeamten (Angestellten) soll ebenfalls Tierzuchtbeamter (Angestellter) oder ein anderer Beamter (Angestellter) der Danziger Bauernkammer sein. Der Leiter des Röramts bestellt die Mitglieder und Stellvertreter auf drei Jahre; er kann sie jederzeit abberufen. Ebenso bestellt er den Leiter der Rörstelle, der in der Regel Mitglied einer Abteilung der Rörstelle sein soll.

(4) Der Leiter der Rörstelle bestellt die Vorsitzenden der Abteilungen und ihre Stellvertreter.

(5) Der Abteilung a) gehört außerdem der Leiter des Landstallamts an; seinen Stellvertreter bestimmt der Senat, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen.

(6) Jedes Mitglied kann mehreren Abteilungen der Rörstelle angehören; es kann auch Mitglied mehrerer Rörstellen und auch des Röramts sein.

(7) Die zuständigen Landräte, die Kreisbauernführer und die beamteten Tierärzte der Bezirke, die den Rörbezirk bilden, sind Mitglieder der Rörstellen. Die Landräte sollen bei Verhandlungen, Sitzungen, Verteilung von Auszeichnungen und Preisen den Vorsitz übernehmen; sie können sich im Vorsitz nicht vertreten lassen. Die beamteten Tierärzte haben bei den Rörungen die Watertiere auf Konstitutionsmängel und Erbfehler sowie auf ihren Gesundheitszustand zu prüfen.

Die Rörungen

§ 6

Durchführung und Art der Rörungen

(1) Die zuständigen Abteilungen der Rörstellen nehmen die Rörungen vor, soweit sie nicht unmittelbar durch die zuständigen Abteilungen des Röramts vorgenommen werden. Bei einer Rörung sind, unbeschadet der Mitwirkung der beamteten Tierärzte im Sinne des § 5 Abs. 7, jeweils nur die für die betreffende Tierart maßgebenden Mitglieder der zuständigen Abteilung zur Mitwirkung berufen. Es müssen mindestens zwei Mitglieder der zuständigen Abteilung anwesend sein, darunter ein Züchter. Bei einer Rörung in der Abteilung a) muß der Leiter des Landstallamts mitwirken. Bei einer Rörung der Rörstelle muß stets der zuständige Tierzuchtbeamte (Angestellte) beteiligt sein.

(2) Die Rörungen werden als Hauptförungen, Sonderförungen oder Nachförungen durchgeführt.

(3) Die Hauptförungen finden nur einmal im Jahre statt und sind als Sammelförungen durchzuführen. Bei besonderen Schwierigkeiten kann das Röramt von Sammelförungen absehen. Dem Senat, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, ist hiervon Mitteilung zu machen.

(4) Sonderförungen können auf Versteigerungen, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen anerkannter Züchtervereinigungen stattfinden. Die Sonderförung ist Sache des Röramts; es kann sie aber der zuständigen Rörstelle übertragen oder bestimmen, daß sie von Mitgliedern verschiedener Rörstellen durchgeführt wird.

(5) Nachförungen für Watertiere, die auf einer Hauptförung nicht vorgeführt werden konnten, sind in dringenden Fällen gestattet.

(6) Das Röramt soll Haupt- und Nachförungen in der Regel nur vornehmen, wenn es sich um Rörungen von Watertieren aus dem Gesamtbezirk oder einem größeren Teil des Bezirks der Freien Stadt Danzig handelt.

(7) Das Gebiet für eine Sammelförung muß so groß gewählt werden, daß eine ausreichende Zahl von Watertieren vorgeführt werden kann, ohne daß dadurch die Tierhalter unbillig beschwert werden.

(8) Die Watertiere müssen bei jeder Rörung frei vorgestellt werden. Rörungen im Stall sind verboten.

(9) Ausgeschlossen von Sammelkörungen sind kranke Watertiere und Watertiere aus Gehöften und Gebieten, aus denen die Ausfuhr von Watertieren der betreffenden Tiergattung zur Verhütung des Verschleppens von Tierseuchen auf Grund veterinärpolizeilicher Bestimmungen verboten und infolge der deswegen erlassenen Gebrauchsbeschränkungen unzulässig ist.

(10) Das Köramt ist für die Gesamtdurchführung der Körungen verantwortlich.

§ 7

Vorführung der Watertiere auf der Hauptkörung

(1) Auf einer Hauptkörung sind alle Watertiere der betreffenden Tierart aus dem Teil des Körambezirks, für den sie angelegt ist, vorzuführen, sofern diese Watertiere ein bestimmtes Mindestalter erreicht haben. Das Mindestalter beträgt

für Hengste 2½ Jahre,

für Bullen 12 Monate,

für Schafböde 9 Monate,

für Eber und Ziegenböde 6 Monate.

Die Vorschrift im Satz 1 gilt auch für Watertiere, die noch nicht zuchttauglich sind.

(2) Zur Hauptkörung nicht vorzuführen sind Bullen, die nicht zu Zuchtzwecken benutzt werden sollen.

(3) Hengste sind jedes Jahr vorzuführen, falls das Köramt nicht etwas anderes bestimmt. Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböde, die einmal auf einer Hauptkörung vorgeführt worden sind, sollen in der Regel nur noch ein zweites Mal vorgeführt werden.

§ 8

Entscheidung über die Körung

(1) Bei der Körung der Watertiere haben sich die Mitglieder der zuständigen Abteilung des Köramtes (Körstelle) ausschließlich nach den Bedürfnissen der Landestierzucht zu richten.

(2) Die Entscheidung über die Körung der vorgeführten Watertiere wird den Beteiligten sofort verkündet.

(3) Wenn sich bei der Körung eines Watertieres die zur Entscheidung berufenen Mitglieder der zuständigen Abteilung nicht einigen, so entscheidet der Leiter des Köramtes (Körstelle) endgültig.

§ 9

Abstammungsnachweise der Watertiere

(1) Es dürfen nur Watertiere gefört werden, für die ein ausreichender Abstammungsnachweis einer von der Danziger Bauernkammer anerkannten Züchtervereinigung vorgelegt wird.

(2) Wo die Durchführung dieser Vorschrift auf Schwierigkeiten stößt, können Watertiere ohne Abstammungsnachweis gefört werden.

§ 10

Kennzeichnung geförter Watertiere

Die geförten Watertiere sind von dem Köramt (Körstelle) besonders zu kennzeichnen, wenn nicht auf andere Weise ausreichend gesichert ist, daß es sich um dasselbe Watertier handelt.

§ 11

Auszeichnung geförter Watertiere

Auszeichnungen und Preise für Watertiere sollen nicht auf Hauptkörungen, die nicht als Sammelkörungen durchgeführt werden, und nicht auf Nachkörungen vergeben werden.

§ 12

Anförung und Erteilung der Dederlaubnis

(1) Nach der Körung erteilt das Köramt (Körstelle) eine schriftliche Dederlaubnis. Erst damit gilt das Watertier in dem Umfange der Dederlaubnis als angefört; vor der Anförung sind Probep Sprünge von Watertieren, die zur Körung vorgeführt werden sollen, zur Feststellung der Deckfähigkeit im eigenen Betriebe zulässig.

(2) Für die geförten Watertiere wird eine Dederlaubnis für die Zuchtklasse A oder B erteilt. Die Dederlaubnis für die Zuchtklasse A ist für die Rassen oder Schläge zu erteilen, die der Landesbauernführer nach Anhörung des Köramtes für das Gesamtgebiet oder für Teilgebiete bestimmt. Im übrigen ist die Dederlaubnis für die Zuchtklasse B zu erteilen.

(3) Watertiere mit Dederlaubnis für die Zuchtklasse A dürfen nicht nur zum Decken eigener Tiere des Halters, sondern auch zum Decken fremder Tiere verwendet werden (Dederlaubnis A). Ver-

pflichtet sich der Halter des Batertieres gegenüber dem Rörant (Rörstelle), das Batertier uneingeschränkt zum Decken fremder Tiere zur Verfügung zu stellen, so ist in die Dederlaubnis eine entsprechende Auflage aufzunehmen (Dederlaubnis A 1).

(4) Batertiere mit Dederlaubnis für die Zuchtklasse B dürfen nur zum Decken eigener Tiere des Halters, zum Decken fremder Tiere auch nicht unentgeltlich verwendet werden (Dederlaubnis B). Den eigenen Tieren des Halters stehen gleich Tiere von Mitgliedern der Gefolgschaft des Betriebes, sofern die Tiere der gleichen Rasse wie das Batertier angehören. Die Erteilung der Dederlaubnis für die Zuchtklasse B kann nach näherer Anordnung des Landesbauernführers mit der Auflage erteilt werden, daß der Halter des Batertieres sowie die Mitglieder der Gefolgschaft die Nachzucht, soweit es sich um Kreuzungstiere handelt, nur in zuchtuntauglichem Zustande abgeben dürfen, falls nicht sichergestellt ist, daß das abgegebene Tier innerhalb einer Woche nach der Abgabe geschlachtet wird (Dederlaubnis B 1).

(5) Die Dederlaubnis für die Zuchtklasse A ist für bestimmte Gebiete zu erteilen, z. B. für die Gemeinde, mehrere Gemeinden, das Gebiet der Sammelkörnung oder für bestimmte Kreise. Werden jedoch in einem bestimmten Gebiet zuviel Batertiere einzelner Tierarten gehalten, so kann, abweichend von den Vorschriften des Absatzes 2, die Dederlaubnis für die Zuchtklasse A auf die Zahl beschränkt werden, die für die Landestierzucht nötig ist; für die übrigen Batertiere wird dann nur die Dederlaubnis für die Zuchtklasse B erteilt.

(6) Die Dederlaubnis kann auf eine bestimmte Zeit befristet, auch erst von einem späteren Zeitpunkt an zuerkannt werden. Sie soll, sofern sich aus den Vorschriften des § 7 nichts anderes ergibt, auf Hauptkörnungen in der Regel bis zur nächsten Hauptkörnung erteilt werden; auf Sonderkörnungen sollen sie jedoch mindestens bis zur übernächsten Hauptkörnung erteilt werden, sofern die nächste in den folgenden drei Monaten stattfindet. Für Batertiere, die auf einer Hauptkörnung gekört werden, aber noch nicht zuchttauglich sind, ist die Dederlaubnis zu dem Zeitpunkt zu erteilen, wo sie voraussichtlich zuchttauglich werden.

§ 13

Rörbuch, Deckbloß und Deckschein

(1) Das Rörant (Rörstelle) stellt dem Halter des Batertieres ein Rörbuch aus. Dieses enthält

1. den Ausweis, daß das Batertier gekört ist (Rörschein),
2. die Dederlaubnis.

(2) Eintragungen in das Rörbuch darf nur das Rörant vornehmen.

(3) Für Batertiere, für die die Dederlaubnis für die Zuchtklasse A erteilt worden ist, wird dem Halter ein Deckbloß ausgehändigt. In den Deckbloß hat der Halter alle Sprünge des Batertieres einzutragen; ferner hat er dem Halter des weiblichen Tieres, der decken läßt, aus dem Deckbloß einen Deckschein (Deckbescheinigung) auszuhändigen, der von diesem zwei Jahre aufzubewahren ist.

(4) Die Halter eines Batertieres sind für die Aufbewahrung des Rörbuches und des Deckbloßes verantwortlich. Rörbuch, Deckbloß und Deckschein sind den Polizeibeamten, Vertretern der Danziger Bauernkammer und den Leitern und Mitgliedern des Rörantes auf Verlangen jeder Zeit vorzulegen, Rörbuch und Deckbloß sind bei erneuter Vorstellung des Batertieres auf einer Körnung mitzubringen.

(5) Probekörnungen von Batertieren sind aufzuzeichnen; die Aufzeichnungen sind bei der Vorführung zur Körnung vorzulegen.

§ 14

Abkörnung und Veränderung der Dederlaubnis

(1) Nach erneuter Vorstellung eines gekörnten Batertieres auf einer Körnung wird die Dederlaubnis erneuert, geändert oder entzogen.

(2) Wird ein angekörntes Batertier innerhalb des Rörbezirks nach einem Ort verbracht, für den die erteilte Dederlaubnis nicht gilt, so bestimmt die Rörstelle, ob die Dederlaubnis aufrechtzuerhalten, zu entziehen oder zu ändern ist. Wird der Aufstellungsort in einen anderen Rörbezirk verlegt, so entscheidet die neue Rörstelle im Benehmen mit der bisherigen.

(3) Leiden Batertiere an Krankheiten, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes auf weibliche Tiere übertragbar sind, oder sind sie solcher Krankheiten verdächtig, so ruht bis zur amtstierärztlichen Feststellung der Abheilung der Krankheit oder der Unverdorbarkeit die für das Batertier erteilte Dederlaubnis.

(4) Wird eine Dederlaubnis entzogen oder ist sie abgelaufen, so gilt das Batertier als abgekört. Ruht eine Dederlaubnis, so gilt das Batertier für diesem Zeitraum ebenfalls als abgekört. Wird eine Dederlaubnis geändert, so gilt das Batertier in dem Umfange der neuen Dederlaubnis als angekörnt.

(5) Das Röramt (Rörstelle) hat Rörbuch und Dedbloß abgeförter Batertiere einzuziehen und bis auf weiteres aufzubewahren. Bei Veränderung der Dederlaubnis hat es diese entsprechend zu ändern.

§ 15

Kennzeichnung abgeförter Batertiere

Das Röramt kann die Kennzeichnung abgeförter Batertiere vorschreiben.

§ 16

Ergebnisse der Anförungen

(1) Die Ergebnisse der Anförungen sind öffentlich bekanntzugeben.

(2) Das Röramt (Rörstelle) hat ein Verzeichnis der von ihm angeförten Batertiere zu führen.

§ 17

Kosten der Anförungen

(1) Die Kosten der Anförungen trägt die Danziger Bauernkammer; ihr fließen die Gebühren zu, die für die Anmeldung zur Rörung und für die Erteilung der Dederlaubnis erhoben werden können.

(2) Der Landesbauernführer setzt die Höhe der Gebühren fest; ihre Einziehung erfolgt bei der Rörung bezw. im Verwaltungsverfahren.

§ 18

Rörordnung

Das Röramt hat eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Rörordnung aufzustellen. Vor ihrer öffentlichen Bekanntgabe ist die Genehmigung des Senats, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, einzuholen.

Die Verpflichtung zur Haltung von Batertieren

§ 19

Beschaffung und Haltung von Batertieren und Aufbringung der Kosten

(1) Für eine Zahl bis zu jeweils 100 dedfähigen Rindern, 60 Sauen, 60 Schafen oder 80 Ziegen muß in jeder Gemeinde wenigstens je ein angeförtes Batertier mit Dederlaubnis A 1 vorhanden sein. Sind in einer Gemeinde hiernach nicht genügend Bullen, Eber, Schaf- oder Ziegenböde vorhanden, so ist nach Maßgabe des Absatzes 2 für die Bereitstellung und Haltung der nötigen Batertiere zu sorgen. Dabei ist es, wenn in einer Gemeinde weniger als 50 dedfähige Rinder, 30 Sauen, 30 Schafe oder 20 Ziegen vorhanden sind, nicht erforderlich, daß in dieser Gemeinde selbst ein Batertier gehalten wird, sondern es genügt, wenn durch eine Maßnahme nach Abs. 2 Buchstabe c ein Batertier in einer anderen Gemeinde auch für diese weiblichen Tiere bereitgestellt wird; dabei ist insgesamt das im Satz 1 vorgeschriebene Zahlenverhältnis zwischen dedfähigen weiblichen und Batertieren einzuhalten.

(2) Für die Bereitstellung und Haltung der Batertiere gilt folgendes:

a) Gemeinden, die schon bisher auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung Batertiere gehalten haben, bleiben vorläufig insoweit hierzu verpflichtet, als es zur Erreichung der im Abs. 1 vorgeschriebenen Zahl von Batertieren erforderlich ist. Die Verpflichtung kann auf Antrag der Gemeinde durch die Gemeindeaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Röramt in eine Verpflichtung nach Buchstabe b umgewandelt werden.

b) In anderen Gemeinden hat das Röramt dahin zu wirken, daß die erforderlichen Batertiere bereitgestellt werden, und zwar in erster Linie dadurch, daß Batertiere mit Dederlaubnis A von ihren Haltern für das öffentliche Dedden zur Verfügung gestellt oder daß im Einvernehmen mit der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde Vereinigungen zur Haltung von Batertieren gebildet werden. Soweit dies nicht zu erreichen ist, können die Gemeinden zu öffentlicher Haltung der erforderlichen Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböde verpflichtet werden. Die Aufsichtsbehörde der Gemeinde stellt auf Antrag des Röramtes fest, ob und in welchem Umfange die Gemeinde zur öffentlichen Haltung von Batertieren verpflichtet ist.

c) Mehrere Gemeinden können sich zu gemeinsamer Haltung von Batertieren verbinden oder von der Aufsichtsbehörde verbunden werden. Unterstehen die Gemeinden verschiedenen Aufsichtsbehörden, so entscheiden diese gemeinsam. Kommt eine gemeinsame Entscheidung nicht zustande, so entscheidet die gemeinsame vorgesetzte Behörde. Ebenso können zur Haltung von Batertieren Vereinigungen gebildet werden, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken. Weiterhin kann das Röramt (Rörstelle) die für ein Batertier erteilte Dederlaubnis A 1 auf solche Gemeinden ausdehnen, in denen die Haltung von Batertieren nach Abs. 1 letzter Satz nicht erforderlich ist.

d) Die Gemeinden können die Haltung der von ihnen beschafften Watertiere zuverlässigen Personen übertragen, sie darf aber nicht im öffentlichen Angebot Mindestfordernden überlassen werden, auch das sogenannte Reihumhalten der Watertiere ist unzulässig.

(3) Die Gemeinden sind berechtigt und verpflichtet, die ihnen aus der Erfüllung ihrer Verpflichtung zur Watertierhaltung oder aus der Gewährung freiwilliger Zuschüsse an Watertierhalter im Rechnungsjahre entstehenden Kosten, soweit sie nicht durch die Erhebung von Dedgeldern aufgebracht werden, auf die Halter der in der Gemeinde befindlichen weiblichen Tiere gleicher Gattung umzulegen, die in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres folgendes Alter erreichen:

Kinder	2 Jahre,
Schafe	1 Jahr,
Schweine	1 Jahr,
Ziegen	1 Jahr.

Die Aufsichtsbehörde kann von der Verpflichtung des Sages 1 Befreiungen bewilligen.

(4) Für die Heranziehung zu der Umlage ist die Zahl der vorhandenen weiblichen Tiere maßgebend. Weibliche Tiere, die in das Herdbuch einer von der Danziger Bauernkammer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen sind und für die die öffentlich bereitgestellten Watertiere der Gemeinden nicht in Anspruch genommen werden, sind bei der Berechnung des Umlagebetrages auf den mit Zustimmung der Züchtervereinigung zu stellenden Antrag des Halters außer Ansatz zu lassen. Der Antrag ist bis zum 1. Mai jeden Jahres für das laufende Rechnungsjahr zu stellen.

(5) Züchter, die ein angeführtes Watertier halten und die Watertiere der Gemeinde nicht in Anspruch nehmen, können auf Antrag von der Umlage freigestellt werden.

(6) Der umzulegende Betrag wird nach Schluß des Rechnungsjahres festgesetzt. Der Festsetzungsbeschluß, der eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde für die Watertierhaltung enthalten muß, ist zwei Wochen lang öffentlich auszulegen. Ort und Zeit der Auslegung sind vorher öffentlich bekanntzumachen mit dem Hinweis, daß Einwendungen gegen den Festsetzungsbeschluß binnen zwei Wochen nach Beendigung bei dem Gemeindevorsteher anzubringen sind. Über Einwendungen entscheidet die Aufsichtsbehörde endgültig.

(7) Die Gemeindeglieder und die nicht in der Gemeinde wohnenden Tierhalter sind verpflichtet, dem Gemeindevorsteher auf Anfordern die Zahl der von ihnen in der Gemeinde gehaltenen weiblichen Tiere mitzuteilen.

(8) Die Heranziehung zu der Umlage, das Rechtsmittelverfahren und die Erhebung und Beitreibung der Umlagebeträge richten sich nach den für Gemeindeabgaben geltenden Vorschriften. Die Heranziehung kann nicht mit der Begründung angefochten werden, daß der umzulegende Betrag (Abs. 6) unrichtig festgesetzt sei.

(9) Bis zur Festsetzung des umzulegenden Betrages (Abs. 6) können von den Umlagepflichtigen vom 1. jeden Kalendervierteljahres Vorauszahlungen in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs erhoben werden. Abs. 8 gilt entsprechend.

Die weiteren Maßnahmen zur Förderung der Tierzucht

§ 20

Sonderbestimmungen über die Verwendung von Zuchttieren

Der Landesbauernführer kann anordnen,

1. daß im Gesamtgebiet oder in Teilgebieten der Freien Stadt Danzig nur bestimmte Zuchttiere bestimmter Rassen oder Schläge zur Zucht benutzt und bestimmte weibliche Tiere oder weibliche Tiere bestimmter Rassen oder Schläge bestimmten Watertieren oder Watertieren bestimmter Rassen oder Schläge zugeführt werden dürfen,
2. daß einem Watertier nur eine beschränkte Zahl von weiblichen Tieren zugeführt werden darf.

§ 21

Behandlung nicht geförderter und abgeförter Watertiere

Der Landesbauernführer kann mit Zustimmung des Senats, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, anordnen, daß im Gesamtgebiet oder in Teilgebieten der Freien Stadt Danzig nicht angeführte und abgeführte Watertiere innerhalb einer von dem Rörant (Rörstelle) festgesetzten Frist unfruchtbar zu machen oder zu schlachten sind.

§ 22

Dedgelder

Das Rörant hat Mindestsätze für Dedgelder festzusetzen; es kann auch Höchstsätze bestimmen.

§ 23

Kennzeichnung und Aufstellungsort eines angeführten Vatertieres

Die Halter sind verpflichtet, den Stall eines angeführten Vatertieres mit Dederlaubnis für die Zuchtklasse A entsprechend zu kennzeichnen.

§ 24

Hengstreiterei

Das Umherziehen mit Hengsten zum Decken von Stuten (Hengstreiterei) ist verboten.

§ 25

Zuchtbenutzung gesunder weiblicher Tiere

Den Vatertieren dürfen nur gesunde weibliche Tiere zugeführt werden, im Zweifelsfalle muß der Halter des Vatertieres ein tierärztliches Zeugnis verlangen.

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 26

Vom Staat gehaltene Vatertiere

Diese Verordnung findet keine Anwendung auf Hengste, die sich im Besitz des Senats der Freien Stadt Danzig befinden oder an denen ein Eigentumsvorbehalt zugunsten des Senats besteht.

§ 27

Weisungsrecht

Das Röramt untersteht dem Senat, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen. Der Senat, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, kann dem Röramt Weisungen erteilen. Der Senat, Abteilung für Landwirtschaft, Forsten und Veterinärwesen, kann selbst oder durch Beauftragte die in dieser Verordnung geregelten Befugnisse des Röramts (Rörstelle) und seiner Abteilungen ausüben.

§ 28

Strafvorschriften

(1) Mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) entgegen den Vorschriften des § 3 in Verbindung mit § 12 Abs. 1, § 14 Abs. 4 ein nicht angeführtes oder abgeführtes Vatertier zum Decken verwendet oder von einem solchen Vatertier ein weibliches Tier decken läßt,
 - b) einer Anordnung nach § 20 Abs. 1 zuwiderhandelt.
- (2) Mit Geldstrafe bis zu 150 Gulden wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) entgegen den Vorschriften des § 7 ein Vatertier nicht auf einer Hauptföhrung vorführt,
 - b) einer in einer Dederlaubnis nach § 12 Abs. 3 oder 4 gemachten Auflage zuwiderhandelt,
 - c) entgegen den Vorschriften des § 13 Abs. 3, 4 oder 5 in den Deckbloß Sprünge nicht einträgt, dem Halter eines weiblichen Tieres keinen Deckschein ausstellt, Rörbuch, Deckbloß oder Deckschein nicht aufbewahrt, sie einem Berechtigten nicht vorlegt, Probefsprünge nicht aufzeichnet oder diese Aufzeichnungen bei der Röhrung nicht vorlegt,
 - d) entgegen der Anordnung des Röramts nach § 15 ein abgeführtes Vatertier nicht kennzeichnet,
 - e) entgegen den Vorschriften des § 19 Abs. 7 seiner Auskunftspflicht über die Zahl der weiblichen Tiere nicht nachkommt,
 - f) einer Anordnung nach § 21 zuwiderhandelt,
 - g) nach § 22 festgelegte Sätze für das Deckgeld nicht einhält,
 - h) entgegen den Vorschriften des § 23 den Aufstellungsort eines angeführten Vatertieres nicht kennzeichnet,
 - i) den Vorschriften des § 24 über Hengstreiterei zuwiderhandelt,
 - k) entgegen den Vorschriften des § 25 ein krankes weibliches Tier einem Vatertier zuführt.

§ 29

Übergangsvorschriften

(1) Zur Vermeidung wirtschaftlicher Härten ist in den ersten Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung bei ihrer Durchführung auf die bestehenden örtlichen Verhältnisse weitgehend Rücksicht zu nehmen. Es können Übergangsforungen für Vatertiere mit Dederlaubnis bis zu zwei Jahren ausgesprochen werden, auch wenn diese den Bedürfnissen der Landestierzucht nicht voll gerecht werden. Solche Vatertiere dürfen nicht wieder angeführt werden. Liegt ein besonderes Bedürfnis vor, so kann der Vorsitzende der betreffenden Abteilung des Röramts die Dederlaubnis einmal verlängern.

(2) Vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung nach Maßgabe der bisherigen Vorschriften angeführte Watertiere dürfen bis zur ersten Hauptföhrung zur Zucht benutzt werden. Das Entsprechende gilt für nicht angeführte Watertiere, sofern sie nur im eigenen Betrieb zur Zucht benutzt werden.

§ 30

Entschädigung

Eine Entschädigung wegen eines Schadens, der durch eine Maßnahme auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Tierzucht entsteht, wird nicht gewährt.

§ 31

Veröffentlichung von Anordnungen

Allgemeine Anordnungen, die der Landesbauernführer auf Grund dieser Verordnung erläßt, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Verkündung im Staatsanzeiger.

§ 32

Inkrafttreten der Verordnung

(1) Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1936 in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Zeitpunkt treten die Polizeiverordnungen vom 27. September 1922 (St. N. 1922 S. 567) und vom 9. März 1934 (St. N. 1934 S. 115) betr. Rörung von Hengsten, die Polizeiverordnung vom 25. April 1934 (St. N. 1934 S. 227) betr. die Rörung von Ziegenböden, die Polizeiverordnung vom 25. April 1934 (St. N. 1934 S. 228) betr. die Rörung von Ebern sowie alle sonstigen mit dieser Rechtsverordnung etwa im Widerspruch stehenden Rechtsvorschriften außer Kraft.

Danzig, den 23. September 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

L 1 Greiser Rottelsin